

Rainer Barzel: Die Alternative der CDU

In einem Interview mit dem Bonner „General-Anzeiger“ verdeutlichte der CDU-Bundesvorsitzende Dr. Rainer Barzel die Alternative der CDU in der Innen- wie auch in der Außenpolitik. Einleitend geht Dr. Barzel auf das Verhältnis der CDU zur Schwesterpartei CSU ein:

Frage: *Die CSU tritt seit einiger Zeit wie eine selbständige politische Kraft auf, und zum erstenmal ist eine Abstimmung zwischen ihr und der CDU in politischen Grundsatzfragen notwendig geworden. Ist die frühere Geschlossenheit der Unionsparteien verlorengegangen?*

Barzel: „Unsere Schwesterpartei, die CSU, ist immer eine eigene Partei gewesen. Und sie war immer interessiert daran, in der CDU einen gesunden und großen Bruder zu haben. Im Bundestag haben wir in der gemeinsamen Fraktion, der ich seit acht Jahren vorsitze, immer eine gemeinsame Politik gemacht. Ich sehe auch jetzt keinen Anlaß zu grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Ich glaube, die vier Prioritäten, die ich in Saarbrücken gesetzt habe, nämlich Selbstbestimmungsrecht, Sicherheit in Europa, Vermögensbildung und Bildungspolitik, sie sind auch die Prioritäten der CSU.“

Frage: *Welches sind dann die Unterschiede, die einer Klärung bedürften? Handelt es sich möglicherweise nur um einen Versuch der CSU, im Zusammenhang mit der Nominierung des Kanzlerkandidaten sachliche und personelle Zugeständnisse zu erwirken?*

Barzel: „Ich sehe keinen tieferen Unterschied. Ich sehe aber die Notwendigkeit, daß wir gemeinsam eine Verständigung in den Hauptakzenten der Politik für morgen herbeiführen, über das gemeinsame Regierungsprogramm, das ich zusammen mit

den Mitgliedern unserer Mannschaft im Frühjahr oder Sommer 1973 verkünden will. Das ist unser anspruchsvolles Arbeitsziel, das auch das Verfahren bestimmt. Das ist schon einige Gespräche, einigen Schweiß und einige Mißverständnisse in der öffentlichen Meinung wert. Und mancher unserer Gegner, der jetzt darüber frohlockt, daß wir miteinander verhandeln wollen, wird sich noch wundern, wenn er sieht, daß CDU und CSU in ihrer Sachaussage einmütig und geschlossen auftreten. Das ist etwas Neues. Denn bisher hatten die CDU und CSU jeweils ihre eigenen Programme, und der Kanzler oder der Fraktionsvorsitzende mußten immer erst versuchen, daraus eine gemeinsame Politik zu entwickeln.“

Frage: *Sieht der CDU-Vorsitzende in diesen Gesprächen mit der CSU Ansatzpunkte, um auf lange Sicht auch die organisatorische Spaltung der Union zu überwinden?*

Barzel: „Dies ist nicht mein Ziel.“

Frage: *Im nächsten Wahlkampf wird sich Barzel mit einer Propaganda auseinandersetzen müssen, die ihn als das Werkzeug von Franz Josef Strauß und die CDU als Erfüllungsgehilfen ihres kleineren Partners darstellen wird. Wie will er sich ihrer erwehren?*

Barzel: „Nun, wir werden noch sehr viel Propaganda haben. Und trotz der zunehmenden Unterstützung von Freunden und wachsenden Spenden,

glaube ich nicht, daß wir gegen die versammelte Macht der Regierungspropaganda, vor allem in der Zeit vor dem Wahlkampf, voll ankommen werden. Da werden nun immer wieder solche Dinge behauptet. Aber ich glaube, daß ich draußen im Lande anders beurteilt werde. Nämlich als ein Mann, der sich 18 Monate lang, ohne nach links oder rechts zu sehen, einer sehr schwierigen Personalentscheidung gestellt hat, als einer, der gesagt hat: ihr braucht mich nicht zu wählen, aber wenn ihr mich haben wollt, dann müßt ihr die entscheidenden Ämter in eine Hand geben, weil das für mich die Voraussetzung des Wahlsiegs ist. Das hat wohl gezeigt, daß ich auch mit der nötigen Energie und Stärke auftreten kann. Ich habe doch diesen Kampf nicht die ganzen Monate geführt, um mich nun so klein zu machen, daß ich ‚mit dem Zylinder unter dem Teppich spazierengehen‘ könnte.“

Beschränkung auf nüchterne Aussagen

Frage: *Die Zukunft der CDU/CSU hängt in hohem Maß von ihrer Fähigkeit ab, auch die jüngeren Wähler zu gewinnen, unter denen 1973 erstmals auch die 18jährigen sein werden. Wie will sie ihr Erscheinungsbild für sie attraktiver gestalten?*

Barzel: „Ich halte gar nichts davon, einen Wahlkampf oder gar das Programm einer Partei demoskopisch oder schichtenspezifisch auszurichten. Ich glaube, daß die Beschränkung auf nüchterne und sachliche Aussagen, die für alle Gesellschaftsschichten wichtig sind, auch die beste Voraussetzung für das Gespräch mit jungen Menschen ist. Ich würde es für ganz falsch halten, irgendeiner Schicht – und das gilt auch für die jungen Menschen – nachzulaufen. Aber ich sage gerade ihnen immer wieder: bei uns ist Platz für Begabtere, als wir selber sind, und wir sind offen für Anregungen, die ihr geben könnt. Das wird seinen Eindruck auf diese junge Generation nicht verfehlen.“

Mut zur moralischen Basis

Frage: *Ist es nicht – gerade im Hinblick auf die jungen Wähler – an der Zeit, das Attribut „christlich“ im Namen der Partei zur Diskussion zu stel-*

len? War die Wahl dieses Namens nach 1945 nicht an eine besondere Situation geknüpft, die heute nicht mehr existiert?

Barzel: „Das ist eine Frage, die in der Tat von vielen jungen Menschen, vor allem in Briefen und Privatgesprächen, gestellt wird. Ich bin dennoch der Meinung, daß die CDU ihren Namen nicht ändern soll. Da ist einmal der praktische Gesichtspunkt des Markenartikels. Und dieses ‚C‘ weist uns doch als die Partei aus, die wir sind, die Partei, die unter dem Druck der Nazizeit und zum Teil in den KZs geistig entstanden sind. Das ist etwas in Vergessenheit geraten, daß die CDU ja die einzige neue Partei war nach 1945, die sich dafür verbürgte, daß sich jene Vergangenheit nicht wiederholen dürfe, und die in diesem Geist die konfessionellen Spannungen in Deutschland überwand. Man muß den Mut zu einer moralischen Basis in der Politik haben. Wenn das ‚C‘ in der Vergangenheit eine Verpflichtung gegen Hitler war, so ist es heute eine Verpflichtung gegen den Opportunismus. Wenn ich unter diesem moralischen Aspekt mit jungen Leuten über Selbstbestimmungsrecht, Entwicklungshilfe, Sozialpolitik oder eine gerechtere Vermögensverteilung diskutiere, dann ist das eine Position, die sie zumindest nachdenklich stimmt.“

Die Mannschaft

Frage: *Wie haben sich seit Barzels Amtsantritt als Parteivorsitzender seine Vorstellungen über die künftige Führung der Partei konkretisiert?*

Barzel: „Nach erst sieben Wochen muß ich vorsichtig sein mit einem endgültigen Urteil. Aber es fängt doch ungefähr so an, wie ich es mir vorgestellt habe. Wir haben im Präsidium die Zuständigkeiten klar verteilt; wir haben das Beratungsverfahren in unseren wöchentlichen Sitzungen durch die Einführung schriftlicher Vorlagen gestrafft. Generalsekretär Kraske und Bundesgeschäftsführer Hennig haben ein gutes Verhältnis gefunden. Wir ziehen jetzt in unser neues Haus ein und gewinnen damit auch technisch und organisatorisch eine bessere Position. Ich habe mit meinen Besuchen bei den Landesverbänden begonnen. Und ich selbst habe mehr Zeit als vorher, weil die Zusammenfassung der Ämter die zeitraubende Koordinationsarbeit überflüssig macht.“

Frage: Welche Grundsätze werden die Aufstellung der Regierungsmannschaft der CDU/CSU bestimmen?

Barzel: „Endgültiges möchte ich dazu erst sagen, wenn die Kanzlerkandidatenfrage auch formal geregelt ist. Grundsätzlich kommt es darauf an, eine gute Mischung von Kollegen mit großer und langjähriger Erfahrung, wie Franz Josef Strauß, Gerhard Schröder und Hans Katzer, mit anderen Kollegen, wie Herrn von Weizsäcker, zu finden. Dazu sollte der Sachverstand einiger Freunde aus den Bereichen der Kommunalpolitik, der Wirtschaft oder der Landespolitik kommen.“

Und natürlich wollen wir uns besonders die Mitarbeit und den Rat derer sichern, die sich – wie die Kollegen Kohl und Stoltenberg – verpflichtet haben, eine Weile in den Ländern zu bleiben.

Auch die Damen, wie Frau Wex und Frau Griesinger, gehören dazu. Das wird also eine Mannschaft für Regierung und Parlament sein und auch für das, was in der Landes- und Kommunalpolitik zu tun ist. Alles das wird zu gegebener Zeit gemeinsam zu entscheiden sein.“

Parteireform ist Voraussetzung für den Wahlsieg

Frage: Ist die oft zu hörende Auffassung richtig, daß die neue Führung der schwierigen Aufgabe, die nächste Wahl zu gewinnen, Vorrang vor der Arbeit an der inneren Reform der Partei einräume?

Barzel: „Im Gegenteil, der Wahlsieg setzt die innere Reform voraus. Und das bedeutet, daß es nicht nur um den notwendigen ständigen Erneuerungsprozeß einer Partei geht, sondern daß wir ganz bestimmte Fragen der Organisation, der politischen Aussage und der personellen Repräsentation bis zum Beginn des Wahlkampfes lösen müssen, wenn wir die Wahl gewinnen wollen.“

Gegen jederlei Extremismus

Frage: Der Oppositionsführer hat kürzlich der Regierungsmehrheit die Mitwirkung am Abbau der innenpolitischen Konfrontation angeboten. Wie weit geht seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit?

Barzel: „Da ist einmal die Arbeit an der Gesetzgebung. Aber leider ist mein Appell in diesem Bereich von der Koalition bisher negativ beantwortet worden. Die Koalitions Guillotine, die wir in der letzten Zeit im Bundestag erlebt haben, ist das Gegenteil von dem, was ich gemeint habe. Uns geht es ja nicht darum, uns das Leben im Parlament leichter zu machen, sondern darum, daß jedes Gesetz, das mit einer großen Kontroverse verabschiedet wird, den jetzt Unterlegenen geradezu zwingt, es zu ändern, wenn er die nächste Wahl gewinnt. Wie sollen sich die Bürger da auf eine dauerhafte Gesetzgebung einrichten können?“

Das zweite ist die Ablehnung von Druck. Wenn man also versuchen sollte, uns – ob innen- oder außenpolitisch – mit Pressionen zu bestimmten Entscheidungen zu veranlassen, sollten wir alle miteinander nein sagen. Im Augenblick ist dies nicht aktuell. Aber ich hoffe, daß man unsere Meinung dazu in der Sowjetunion zur Kenntnis nimmt.

Und das dritte ist die Ablehnung des Radikalismus von Rechts und Links. Wir haben in den letzten Wahlkämpfen eine Solidarität der Demokraten gegenüber dem Rechtsextremismus gehabt. Genauso solidarisch sollten wir nun gegen Links auftreten. Ich erwarte dazu eine Rede des Bundeskanzlers. Auch von Herrn Scheel möchte ich einmal hören, daß er sich gegen die DKP wendet. Und ich möchte, daß wir gemeinsam dem geltenden Recht Genüge tun.“

Radikale dürfen nicht in den öffentlichen Dienst

Frage: Welche praktischen Maßnahmen empfiehlt der CDU-Vorsitzende im Kampf gegen den Linksradikalismus?

Barzel: „Die Linksradikalen haben verkündet, daß sie den ‚Marsch durch die Institutionen‘ antreten wollen. Wenn einem so der Krieg erklärt wird, muß man ihn annehmen. Sonst wird man ihn verlieren. Denn wenn sie erst in den Institutionen sitzen, ist es zu spät.“

Niemand hat etwas im öffentlichen Dienst zu suchen, der einer Organisation angehört, die der freiheitlich-demokratischen Grundordnung widerspricht. Jedermann kann in unserem Land seinen ‚Marx‘ studieren, lesen und verehren. Wenn er

sich aber an einer politischen Bewegung beteiligt, die die Demokratie beseitigen will, darf er nicht der Lehrer unserer Kinder sein."

Politischer Streik?

Frage: *Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Vetter, hat für den DGB das Recht in Anspruch genommen, notfalls über die Parteien hinweg politisch zu handeln, um die Kontrolle der wirtschaftlichen Macht durch die Arbeitnehmer durchzusetzen.*

Barzel: „Herr Vetter hat auch gesagt, daß gewerkschaftliche Maßnahmen notwendig seien, falls die CDU/CSU Mitbestimmungsrechte abbauen wollte. Ich weiß nicht, ob ihm gegenwärtig ist, daß die bis heute verwirklichten Mitbestimmungsrechte allein auf Initiative und mit den Stimmen der CDU/CSU eingeführt wurden. Das ist die Lage.“

Im übrigen ist dies eine parlamentarische Demokratie, in der die Wähler jeweils für vier Jahre Abgeordnete wählen, die in ihrem Auftrag entscheiden. Weder Leute, die viel Geld haben, noch jene, die besonders viele Mitglieder haben, dürfen sich anmaßen, an den Wählern und an den Abgeordneten vorbei Politik zu machen. Das wäre der Ausdruck eines höchsten Maßes von Intoleranz. Würden die Gewerkschaften so handeln, müßte sich das Parlament der schweigenden Mehrheit jener Frauen und Männer erinnern, die nicht über eine ähnliche Macht verfügen.

Aber ich glaube nicht, daß es heute in einer Urabstimmung der Gewerkschaften genügend Stimmen für einen politischen Streik gäbe. Darum geht es doch im Grunde. Es gibt radikale Kräfte, das ist klar. Aber ich bin überzeugt, daß die überwiegende Mehrheit der Gewerkschaften so etwas nicht will.“

Vermögensbildung gegen die Haltung der SPD

Frage: *Es gibt auch in der CDU Politiker, die glauben, daß es mit der Vermögensbildung allein nicht getan sei, und daß eine gerechtere Verteilung des Volkseinkommens durch die Mitbestimmung der Arbeitnehmer über das wirtschaftliche Potential ergänzt werden müsse. Wie denkt der Parteivorsitzende darüber?*

Barzel: „Wir treten in der Mitbestimmungsfrage für eine Verstärkung des Arbeitnehmereinflusses ein – das ist bekannt. Über die Frage der Vermögensbildung wird zwar von der Koalition Tag für Tag geredet, aber ein Gesetzentwurf wird nicht vorgelegt.“

Wir haben schon vor 16 Monaten den Gesetzentwurf für die Einführung des Beteiligungslohns eingebracht, der in den Händen der deutschen Arbeitnehmer schon 6 bis 7 Milliarden DM Vermögen gebildet hätte, wäre er im ersten Jahr beschlossen worden.

Wir haben in unserer Regierungszeit den Lastenausgleich, das Familienheimgesetz, das 312-DM-Gesetz, die Sparprämien und alle diese Dinge gemacht. Das genügt natürlich noch nicht. Die SPD aber hat in 20 Jahren nicht einen Gesetzentwurf zum Thema Vermögensbildung vorgelegt.

Während sie draußen im Lande die ungerechte Vermögensverteilung beklagt, weigert sie sich in Bonn, der Einführung des Beteiligungslohns zuzustimmen, mit der wirklich ein neuer Schritt gemacht würde. Statt dessen treibt sie eine Politik der ‚trabenden Inflation‘, die nur dazu führt, daß das Geld des Sparers immer weniger wert wird und sicherlich kein Beitrag zu einer gerechteren Vermögensbildung ist.“

Wie ist die Stabilität wiederherzustellen?

Frage: *Angenommen, die CDU/CSU müßte jetzt eine Regierung bilden. Was würde sie tun, um die wirtschaftliche Stabilität wiederherzuleiten?*

Barzel: „Wir würden sofort mit Hilfe der Deutschen Bundesbank und der dort festliegenden Dollarbeträge zu einem vernünftigen festen Wechselkurs zurückkehren und damit den Zug für die europäische Wirtschafts- und Währungsunion in Gang setzen.“

Wir würden den USA ein faires Devisenausgleichsabkommen vorschlagen, um ihnen auch in der Währungspolitik mehr Handlungsfreiheit zu verschaffen.

Wir würden dem deutschen Volk reinen Wein einschenken über die wirkliche finanzpolitische Lage, und das heißt, daß wir im Augenblick alle Versprechen der Koalition für die Zukunft streichen müßten, weil die Gegenwart nicht mehr zu be-

zahlen ist. Und wenn wir auf diese Weise Klarheit geschaffen hätten, würden wir uns unserer beiden Prioritäten, der Vermögensbildung und der Bildungspolitik, erinnern.

Wir würden uns ferner bemühen, die öffentlichen Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden nach dem Stabilitätsgesetz zu fahren, anders als Professor Schiller gegen sein besseres Wissen den Bundeshaushalt fährt, denn er weiß, daß eine ‚inflationäre Lücke‘ entsteht, wenn der Staat mehr ausgibt, als es der reale Zuwachs des Bruttosozialprodukts erlaubt. Wir würden die öffentlichen Ausgaben dem realen Zuwachs des Bruttosozialprodukts annähern. Das ist gewiß eine schwierige Aufgabe, denn für 1972 sind höchstens einhalb Prozent Zuwachs des Bruttosozialprodukts zu erwarten, wenn es nicht sogar ein Minus gibt. Die öffentlichen Ausgaben des Bundes steigen aber über 12 Prozent. Sie heizen die Inflation an, und deshalb muß diese Aufgabe gelöst werden.

Der Teufelskreis der Inflation

Danach könnten wir mit den Sozialpartnern in einer vernünftigen Konzertierte Aktion auch über Löhne und Preise sprechen. Die Stahlindustrie zum Beispiel dürfte in der gegenwärtigen Lohndiskussion angesichts ihrer Ertragslage eigentlich gar nichts bewilligen. Die Arbeitnehmer aber sagen, sechs Prozent entspricht der Inflationsrate, und damit wären wir genau bei dem, was wir hatten, und wir hätten die Geldentwertung des nächsten Jahres noch nicht einmal aufgefangen. Das ist der Teufelskreis der Inflation. Wie aber kann eine Staatsführung in diesem Bereich einen moralisch vertretbaren Rat geben, wenn sie sich selbst zwölf Prozent bewilligt, von den anderen aber praktisch null verlangt?“

Fehlende Investitionen werden sich noch rächen

Frage: Die Wirtschaft klagt über zurückgehende Gewinne und fehlende finanzielle Reserven für notwendige Investitionen. Die Regierung hält diese Klagen für übertrieben. Wie sieht die Opposition die Lage?

Barzel: „Das ist das Schlimmste, und dazu möchte ich etwas sagen, das jedermann wissen

sollte: Was jetzt an Investitionen unterbleibt, wird sich erst in drei, vier Jahren richtig auswirken.

1972 werden wir etwa zehn Prozent weniger Investitionen haben. Wir müssen aber 28 Prozent des Bruttosozialprodukts investieren, wenn wir in der Zukunft ein Wirtschaftswachstum von ungefähr vier Prozent haben wollen – daran beißt kein Jungsozialist und kein Ideologe einen Faden ab.

Diese Zahlen bedeuten, daß wir bei einem Bruttosozialprodukt von etwa 750 Milliarden DM rund 210 Milliarden DM investieren müßten, davon 45 Milliarden die öffentliche Hand und 165 Milliarden die private Wirtschaft.

Wenn wir diese Ziffern 1972 nicht erreichen, werden wir in zwei, drei Jahren merken, daß die Arbeitsplätze weniger modern sind, daß die Technologie nicht ausreichend fortgeschritten ist, daß wir auch den Bildungsfortschritt nicht erzielen, den wir brauchen, um den Anschluß an die übrige Welt zu wahren. Das ist eine der katastrophalen Folgen dieser Wirtschaftspolitik. Gerade die jüngeren Wähler, um deren Zukunft es geht, werden dies begreifen.

Übrigens hat die Bundesregierung in ihrer Finanzplanung ebenfalls sinkende Investitionsquoten vorgesehen. Andererseits wird mit immer mehr Geld immer weniger finanziert.

Mit Inflationen lassen sich keine Reformen finanzieren

1969 hatten wir den Gemeinden für den Bau von mehr Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und Verkehrswegen für 1970 aus der öffentlichen Finanzmasse 2,5 Milliarden zusätzlich zur Verfügung gestellt. Kein einziges Krankenhaus, keine Schule mehr konnten gebaut werden: 2,5 Milliarden – und kein Dachziegel mehr. Die Kostenexplosion im Bauwesen hat die ganze Summe aufgefrassen. Mit Inflationen lassen sich eben Reformen nicht finanzieren.“

Union will kein Superministerium

Frage: Würde eine CDU/CSU-Regierung die gegenwärtige Zusammenfassung von Wirtschafts- und Finanzressort beibehalten?

Barzel: „Ich bin mit Franz Josef Strauß als dem ersten wirtschafts- und finanzpolitischen Sprecher

der Fraktion einig, daß wir ein Superministerium, wie es Herr Schiller leitet, nicht wollen.

Wir brauchen zwei Ministerien, weil die Öffentlichkeit, das Parlament und alle anderen Beteiligten Anspruch auf eine volle Kraft in beiden Bereichen haben. Wir sind dafür, die einzelnen Kompetenzen im Bereich von Wirtschaft und Finanzen neu zu ordnen und haben da ganz konkrete Vorstellungen. Aber das Experiment des Superministeriums ist ein Fehlschlag.

Wir sehen, daß Herrn Schiller einfach die Zeit fehlt, um beiden Aufgaben ganz gerecht zu werden, und das ist an der wichtigsten Stelle der deutschen Innenpolitik unmöglich.“

Entspannung muß an den Realitäten zu messen sein

Frage: *Barzel wird in Kürze nach Moskau reisen. Welche Alternative zur Ostpolitik der Bundesregierung wird er seinen Moskauer Gesprächspartnern entwickeln?*

Barzel: „Ich habe die Einladung angenommen, weil die Sowjetunion als eine für Deutschland wichtige Großmacht, mit der wir Frieden wollen, auch einen Anspruch darauf hat, die Meinung der Opposition aus erster Hand zu hören. Und ich hoffe, daß die Verantwortlichen in der Sowjetunion ebenfalls das Bedürfnis haben, der deutschen Opposition zu sagen, was sie wirklich denken, daß wir also einmal ganz ohne Propaganda miteinander sprechen können. Ich habe keine Begabung, hier so und dort anders zu reden – und das Beispiel Konrad Adenauers hat gezeigt, daß die sowjetischen Führer sehr wohl bereit sind, auch unbequeme Aussagen zur Kenntnis zu nehmen, wenn sie sich auf sie verlassen können.“

Einen vieldeutigen Formelkompromiß halte ich nicht für die Lösung eines Problems. Das weiß man in Moskau. Ich bin deshalb sehr gespannt, wie die Gespräche verlaufen werden. Frieden ist eine Sache des wechselseitigen Ausgleichs. Da muß jeder etwas geben und jeder etwas nehmen. Aber ein Friede ist nicht zu erreichen, wenn man ihn nur mit der einen Hälfte der Deutschen im freien Teil Deutschlands schließt, und Entspannung gibt es nicht auf der Grundlage der ungelösten innerdeutschen Probleme.

Entspannung muß an den Realitäten zu messen sein. Dazu gehört auch die Freizügigkeit für Men-

schen, Informationen und Meinungen. Das ist der Maßstab, den auch die Nato und unsere europäischen Freunde anlegen. Auf dieser Basis bin auch ich bereit, Verträge mit Moskau und Ostberlin abzuschließen.“

Wo ist die Bereitschaft zu ehrlicher Entspannung?

Frage: *Ist es realistisch, jene humanitären Forderungen in der Deutschlandfrage an den Anfang zu stellen? Und welche Vorbedingungen für die Bereitschaft der Union, die Ratifizierung der Ostverträge zu ermöglichen, müssen eigentlich sonst noch erfüllt werden?*

Barzel: „Jene Forderungen sind ganz sicher realistisch. Was wäre das für eine Politik, die sagt, es sei Frieden, wenn in Wirklichkeit geschossen wird? Vor 18 Monaten ist der Vertrag mit Moskau geschlossen worden, und in Berlin fallen immer noch Schüsse. Wo ist da eigentlich die Bereitschaft zu ehrlicher Entspannung?

Es ist die Pflicht der Opposition, da zu mahnen und zu drängen, und der werden wir weiter entsprechen. Im übrigen eilt die Frage den Ereignissen voraus, denn bisher kennt niemand im Deutschen Bundestag den vollen Vertragsinhalt. Die vertraulichen Verhandlungsprotokolle, auf die sich auch die sowjetische Seite in ihren Äußerungen bezieht, hat man uns bis zur Stunde vorenthalten. Sie sind natürlich geheim. Aber ich bestehe darauf, sie zu lesen, denn ich kann meinen Freunden keine Empfehlung für ihre Entscheidung in einer Sache geben, die ich nicht vollständig übersehen kann. Wenn die Regierung bei ihrer Ablehnung bleibt, sind wir nicht informiert. Davon abgesehen, haben wir nach wie vor gegen das, was bisher vorliegt, einschließlich der Wirklichkeit in Deutschland, entscheidende, durch die Entwicklung erhärtete Bedenken.“

Beim Scheitern der Ostverträge: Rücktritt oder Neuwahlen

Frage: *Kann die CDU überhaupt das Risiko eingehen, die Ostpolitik dieser Regierung scheitern zu lassen? Würde sie damit nicht eine schwere Krise auslösen, die ihr auch innenpolitisch angelastet würde?*

Barzel: „Wir sind eine parlamentarische Demokratie, und es ist ganz normal, daß eine Regierung, was immer sie dem Parlament vorlegt, mit ihrer Mehrheit für ihre Politik einsteht.“

Geht es um fundamentale Entscheidungen, bei denen auch die Mitwirkung der Opposition erwünscht ist, muß sich die Regierung um Gemeinsamkeit bemühen. Die hatten wir ihr auch in der Ostpolitik angeboten. Sie hat gegen unseren Rat, gegen unseren öffentlich und im Briefwechsel mit der Regierung erklärten Willen gehandelt, obwohl wir in manchen Fragen sehr nahe beieinander waren. Wenn sie die Verträge trotzdem geschlossen hat, kann sie uns die Folgen nicht anlasten. Jetzt muß sie selbst für das einstehen, was sie hier versucht hat. Und wenn sie für den Fall des Scheiterns schlimme Folgen befürchten sollte, dann soll sie eben vorher zurücktreten oder den Weg für Neuwahlen freigeben.

Aber man kann keine Verträge in dem Bewußtsein unterschreiben, keine ausreichende Mehrheit zu besitzen, und dann andere mit der Verantwortung belasten, die nicht die Entspannungspolitik, aber den Vertragsinhalt strikt abgelehnt haben.“

Keine Augenwischerei

Frage: *Wäre auch die Opposition bereit, anläßlich der Ratifizierung der Ostverträge die gemeinsamen Ziele der deutschen Außenpolitik in einer gemeinsamen Erklärung zu bekräftigen, wie es Bundeskanzler Brandt kürzlich angeregt hat?*

Barzel: „Ich will das nicht ablehnen. Wenn der Bundeskanzler die gemeinsame Politik des Bundestags festzustellen wünscht, dann wollen wir das machen. Nur — eine Bundestagsresolution oder eine einseitige Präambel sind ohne jede völkerrechtliche Bedeutung. Und sie wären Augenwischerei und Propaganda, wenn in ihnen das Gegenteil dessen stünde, was der wirkliche Inhalt des Deutsch-Sowjetischen Vertrags ist. Daran könnten wir uns nicht beteiligen.“

Die Sowjet sagen beispielsweise, der Vertrag regle endgültig alle Grenzfragen und damit auch die deutsche Teilung. Die Bundesregierung sagt, es handele sich um eine vorläufige Umschreibung der gegenwärtigen realen Lage, und es bleibe durchaus unser Recht, sie mit politischen Mitteln ohne Gewalt zu ändern. Das sind zwei verschiedene Inhalte, und das wünschen wir zu klären.

Aber da gilt nur, was im Vertrag selbst steht. Eine Erklärung des Bundestags würde daran nichts ändern.“

In Paris und London ist man europafreudiger als in Bonn

Frage: *Die Bundesregierung hat in der letzten Zeit eine lebhafte Aktivität in der Europapolitik entwickelt. Ist damit der Einwand der Opposition erledigt, daß die westpolitische Komponente der deutschen Politik von dieser Regierung zu sehr vernachlässigt werde?*

Barzel: „Da gibt es nichts, was mich beruhigen könnte. Im Gegenteil! Die Bundesregierung tut nur noch das eben Notwendige in diesem Bereich. Sie verzichtet auf jeden eigenen Impuls.“

Zum Beispiel hat der französische Außenminister Schumann kürzlich vor der Nationalversammlung erklärt, seine Regierung sei bereit zur europäischen Konföderation, das heißt also zur politischen Einheit; sie sei bereit, sofort die Wirtschafts- und Währungsunion herzustellen und die Außenpolitik zu harmonisieren. Der britische Premierminister Heath hat in Zürich eine politische Gemeinsamkeit einschließlich eines gemeinsamen Parlaments vorgeschlagen.

Von der Bundesregierung hört man solche Erklärungen nicht. Mit anderen Worten, in Paris und London ist man heute europafreudiger als in Bonn.

Ich fürchte, hier gibt es einen Zusammenhang: Der Bundeskanzler hat einerseits erklärt, die europäische Einigung sei Sache der nächsten Generation, andererseits ist er bereit, das sowjetische Projekt einer europäischen Sicherheitskonferenz zu beschleunigen. Nach meiner Meinung sind die Akzente genau umgekehrt zu setzen, denn alles, was für uns wichtig ist, Umweltschutz, Technologie, aller Fortschritt, läßt sich nur europäisch beantworten. Die Sicherheitskonferenz wollen wir wie alle Nato-Länder. Sie erfordert sorgfältige Vorbereitungen, und das braucht seine Zeit.“

Sorgfältige Sondierungen nötig

Frage: *Welche Haltung nehmen die Unionsparteien zur Frage einer zweiseitigen ausgewogenen Rüstungsbeschränkung in Mitteleuropa ein?*

Barzel: „Wir haben seinerzeit das Angebot der Nato in der Konferenz von Reykjavik, nämlich die Bereitschaft zu Gesprächen über beiderseitige Truppenverringerungen, unterstützt. Wir unterstützen auch die Bemühungen, das sorgfältig zu sondieren. Aber wir müssen wissen, ob es wirklich eine Chance gibt.“

Wir sehen sehr wohl, daß man in Paris und auch in London an diese Frage sehr behutsam heranzugehen wünscht. Auch mit Rücksicht auf den bevorstehenden Wahlkampf in Amerika, würde ich ein forciertes Tempo bei ihrer weiteren Behandlung nicht für gut halten. Wir haben ein Interesse an der möglichst unveränderten Stärke der USA in Europa, solange die Sowjetunion nicht eindeutig zu Arrangements über eine gleichwertige und kontrollierte Abrüstung bereit ist.“

Regierung führt Opposition an der Nase herum

Frage: *Wie beurteilt Rainer Barzel nach zwei-jähriger Oppositionszeit das Funktionieren des parlamentarisch-demokratischen Systems und wie die Möglichkeiten der Opposition, die Regierung zu kontrollieren?*

Barzel: „Im ganzen bin ich zufrieden. Der Regierungsentwurf des Betriebsverfassungsgesetzes zum Beispiel sah die Zulassung parteipolitischer Tätigkeit in den Betrieben vor. Wir haben einstimmig erklärt, daß wir das auf keinen Fall mitmachen würden. Das hatte eine solche Wirkung, daß die Koalition den Vorschlag zurückziehen mußte. Auch in anderen Fragen, wie der des Berlin-Abkommens, gibt es ein unbestrittenes Einwirken der Opposition durch öffentliche und nichtöffentliche Initiativen.“

Was mich weniger befriedigt ist die Tatsache, daß die Regierung seit etwa einem halben Jahr versucht, die Opposition an der Nase herumzuführen, indem sie ihre Anfragen gar nicht oder ausweichend oder unzureichend beantwortet. Das

lassen wir uns nicht gefallen. Und wir haben das dem Bundeskanzler gegenüber zur Sprache gebracht. Jetzt hoffen wir auf eine Besserung.“

Wir wollen uns nicht anbiedern – aber ich halte auch die Tatsache, daß der Bundeskanzler seit August überhaupt kein Bedürfnis verspürt hat, mit dem Oppositionsführer zu sprechen, angesichts der Entwicklung der außenpolitischen und währungs-politischen Dinge für bedenklich.“

FDP hat sich festgelegt

Frage: *Die FDP hat sich in Freiburg für die Fortsetzung der sozialliberalen Koalition ausgesprochen. Sieht Rainer Barzel dennoch Anknüpfungspunkte für Koalitionsgespräche, falls das Wahlergebnis 1973 entsprechend ausfällt?*

Barzel: „Die FDP hat sich, wie sie sagt, unwiderruflich auf die Fortsetzung des Bündnisses mit den Sozialdemokraten eingelassen. Ich glaube, daß sie das so meint, und daß alle Koalitionsspekulationen fehl am Platze sind. Wir haben für die nächste Bundestagswahl de facto ein Zwei-Parteien-System, auf der einen Seite die SPD und FDP, auf der anderen Seite die CDU/CSU. So ist die Lage. Einer von beiden muß die Mehrheit gewinnen – und ich hoffe, das sind wir.“

„Es war nicht mein Traum . . .“

Frage: *Weshalb bedeutet es Ihnen so viel, das Regierungsamtsamt zu übernehmen?*

Barzel: „Das Ganze hat sich so ergeben. Es war weder mein Traum, noch mein ursprünglicher Wunsch. Je mehr Vertrauen mir zuwuchs, je mehr Verantwortung ich bekam, desto mehr wurde ich gebeten, auch vor diesem Schritt nicht zu zögern. Konrad Adenauer schrieb mir: ‚Ich möchte, daß Sie Bundeskanzler werden.‘“